



Presseschau vom 23.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die *offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Dan-news.info: Während der Kämpfe verletzte Soldaten und Mitglieder ihrer Familien sowie andere zivile Einwohner der DVR können eine Rehabilitation in dem neuen medizinisch-psychologischen Zentrum durchlaufen, das auf der Basis des republikanischen klinischen Krankenhauses für Berufskrankheiten eingerichtet wurde. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz die leitende Ärztin des Zentrums Jelena Ljaschenko mit.

„Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Zahl der Erkrankungen und Verletzung, die zu Behinderungen führen, was sich auf dem Hintergrund der Kämpfe besonders schwierig erweist, ist die Notwendigkeit entstanden, zusätzliche Kategorien von Personen zu erfassen, die Rehabilitationen benötigen und ein medizinisch-psychologisches Zentrum zu schaffen“, sagte Ljaschenko.

Nach ihren Worten ist die medizinische Einrichtung in erster Linie für die Behandlung von Soldaten und ihren Familien vorgesehen. Stationär ist sie auf 400 Betten ausgelegt, im Zentrum gibt es auch vier therapeutische und drei neurologische Abteilungen. Außer Soldaten können sich auch andere Bürger, die unter dem Krieg gelitten haben, dorthin wenden.

Die leitende, nicht hauptamtliche Psychotherapeutin des Gesundheitsministeriums der DVR Walerija Wojewodina, die auch an der Pressekonferenz teilnahm, merkte an, dass, wenn es nötig ist, für die Behandlung der Patienten auch Spezialisten des republikanischen klinischen psychoneurologischen Krankenhauses herangezogen werden.

„Wir arbeiten mit den Eindrücken des Patienten und helfen ihm, die Situation, in der er sich befindet richtig einzuschätzen. Jeder Patient wählt für sich selbst die Form der Rehabilitation, dazu sind eine Menge Trainingsveranstaltungen ausgearbeitet“, fügte Wojewodina hinzu.

de.sputniknews.com: ESC: Schweiz sperrt 15-Millionen-Euro-Garantie von Kiew

Die Schweiz hat die 15 Millionen Euro, die Kiew als Garantie für eine erfolgreiche Austragung des Eurovision Song Contest (ESC) gezahlt hatte, einbehalten. Dies teilt die Nationale Fernsehgesellschaft der Ukraine am Donnerstag mit.

„Der internationale Gesangswettbewerb wurde erfolgreich in der Ukraine ausgetragen, daher sollte die Summe zurückgezahlt werden“, heißt es in der Erklärung. Doch die Europäische Rundfunkunion (EBU) habe der Nationalen Fernsehgesellschaft der Ukraine mitgeteilt, dass eine Einbehaltung dieser Summe in Genf initiiert worden sei.

Den Grund habe man jedoch nicht genannt. Diese Summe macht Medienberichten zufolge 40 Prozent des Jahresbudgets des ukrainischen Staatsfernsehens aus.

Laut dem Chef der Fernsehgesellschaft, Surab Alasanija, hat sich die ukrainische Seite an eine Anwaltsfirma in der Schweiz gewandt, um die Einzelheiten klarzustellen.

Lug-info.com: Der Staatssicherheitsminister der LVR Leonid Pasetschnik hat erklärt, dass er froh darüber ist, dass sein Name in der Sanktionsliste des Finanzministeriums der USA erscheint. Zuvor hatte das Finanzministerium der USA Sanktionen gegen einige Funktionsträger der LVR eingeführt. Neben Pasetschnik gerieten der Innenminister Igor Kornet und die Ministerin des Ministerrats Natalja Chorschewa auf die Liste.

„Vor allem bin ich dankbar, dass mein kleiner Beitrag zur Sache der Rettung der Einwohner des Donbass vor Krieg, Terror, Genozid, die das derzeitige ukrainische profaschistische Regime hierher gebracht hat, in den USA so hoch eingeschätzt wird“, sagte Pasetschnik.

„Ich bin froh darüber, dass ich auf die Sanktionsliste geraten bin und nicht auf die Liste der Kriegsverbrecher aus der Ukraine, die noch zusammengestellt werden muss“, fügte der Minister hinzu. „Auf meinem Posten werde ich alles mir Mögliche tun, damit diese Liste nicht wie in diesem Fall politische PR ist, sondern ein Dokument mit einer überzeugenden Beweisbasis“....

Vormittags:

de.sputniknews.com: Diese Nato-Länder spionierten an Russlands Luft-Grenzen – Moskau

Die russischen Militärflieger haben in einer Woche 14 ausländische Aufklärungsjets an der Grenze des Landes abgefangen, darunter Jäger der USA, Norwegens und Schwedens. Dies berichtet die russische Armeezeitung „Krasnaja Swesda“.

Abgehoben waren demnach Kampffjets Su-27 und MiG-31 der Bereitschaftskräfte der russischen Flugabwehr. Die Nato-Kräfte sollen in einer Woche insgesamt mehr als 20 Flüge an Russlands Grenzen ausgeführt haben. Zehn davon flogen nach Informationen des Blattes US-Aufklärungsmaschinen vom Typ RC-135 und amerikanischen Drohnen Global Hawk.

Darüber hinaus sollen vier Flüge norwegischer, drei schwedischer sowie jeweils zwei britischer und französischer Aufklärungsjets registriert worden sein. Portugal und Japan sollen ihrerseits je ein Aufklärungsflug an Russlands Grenze entsandt haben.

Am 21. Juni hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass die Aufklärungsjets der Nato und der USA insgesamt mehr als zehn Flüge in der unmittelbaren Nähe an Russlands Grenzen ausgeführt haben sollen. Eine genaue Zahl wurde damals jedoch zunächst nicht genannt.

Ukrinform.ua: EU-Politiker besuchen heute Donbass

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (EP), Petras Auštrevičius, Anna Fotyga, und die Vertreter der diplomatischen Missionen besuchen heute zusammen mit ukrainischen Abgeordneten den Osten der Ukraine, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„Am 23. Juni 2017 werden sich die erste Vize-Sprecherin der Ukraine, Iryna Heraschtschenko, zusammen mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses der Werchowyna Rada der Ukraine für europäische Integration, Marija Ionowa, und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Petras

Auštrevičius, Anna Fotyga, und den Vertretern der diplomatischen Missionen zu einem Arbeitsbesuch im Osten der Ukraine aufhalten“, steht in der Meldung.

Dem Bericht zufolge ist es geplant, den Vertretern des Europäischen Parlaments die angespannte, humanitäre und ökologische Situation im Osten der Ukraine zu zeigen, die Arbeit von Kontrollpunkten, die zerstörten zivilen Einrichtungen von Donbass und den Zustand ihrer Wiederherstellung zu besichtigen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Kalinowka und Sokolniki**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen „Am Morgen, gegen 8:00 haben ukrainische Truppen das Feuer auf Ortschaften eröffnet, in der Folge wurde die Stromversorgung der Dörfer **Kominternowo, Saitschenko, Dershinskoje und Leninskoje** vollständig unterbrochen“, teilte die Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks im Süden der DVR mit. „Inzwischen hat der Beschuss aufgehört“.

Niemand der Einwohner wurde verletzt.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **35 Mal** verletzt. Insgesamt wurden die Gebiete von **17 Ortschaften der Republik** beschossen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wurde mit Artillerie- und Panzergeschützen, Mörsern, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Nach Angaben des Kommandos wurden im Westen von Donezk in **Alexandrowka und Trudowskije** drei Häuser beschädigt. Genauere Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Sanktionen: Trägheit, an die niemand mehr glaubt – russischer Außenpolitiker Die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland ist eine Folge von Trägheit und dem Fehlen klarer politischer Konturen, meint Alexej Puschkow, Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses beim Föderationsrat (Russlands Oberhaus).

Am Donnerstag hatten sich Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten beim Brüsseler Gipfel auf eine Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland geeinigt, die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise verhängt worden waren.

„Die neue Verlängerung der Sanktionen seitens der EU bedeutet das Ausbleiben einer Politik und einen stattdessen bestätigten Status quo“, so der Sicherheitspolitiker in seinem Twitter-Account. „An die Sanktionen glaubt niemand mehr. Trägheit“.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte sich zuvor für die Verlängerung der antirussischen Sanktionen bei der EU bedankt. Das werde Kiew aber wohl kaum behilflich sein, meint Puschkow: Sanktionen könne man ja schließlich nicht essen...

Dnr-online.ru: In Minsk hat ein weiteres Treffen der humanitären Untergruppe stattgefunden. Die Ergebnisse der Verhandlungen kommentierte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Nach einer vorläufigen Vereinbarung sollten die Vertreter der ukrainischen Seite auf dem Treffen Bestätigungen über die Freilassung von Personen vorlegen. Leider entspricht ein großer Teil von diesen nicht dem Anhang Nr. 9 eines Erlasses des Justizministeriums der Ukraine. In den Bestätigung fehlt der zweite Unterzeichner des bestätigten Dokuments. Deshalb habe ich, um die Verhandlungen nicht zu verzögern, vorgeschlagen, dass wir die von der ukrainischen Seite vorgelegten Bestätigungen detailliert studieren und zu Beginn der nächsten Woche eine schriftliche Antwort zu der genannten Frage schicken“, erklärte Morosowa.

Sie merkte auch an, dass die Teilnehmer der humanitären Untergruppe die Ergebnisse der Verifikation

anerkannt haben.

„Man kann sagen, dass die Verifikation erfolgreich abgeschlossen wurde. Dank der etappenweisen Arbeit wurden Personen entdeckt, die ihre Weigerung (ausgetauscht zu werden - Anm. d. Übers.), die unter Druck ukrainischer Spezialdienste unterschrieben wurde, nicht bestätigt haben“, unterstrich die Bevollmächtigte.

de.sputniknews.com: US-Kongress ermittelt zu Trumps Kontakten mit russischer Stiftung
Der US-Senat ermittelt wegen einer möglichen Verbindung zwischen dem Team des US-Präsidenten Donald Trump zu dem Russian Direct Investment Fund, wie der TV-Sender CNN unter Berufung auf Quellen im Kongress berichtet.

Der Fonds mit einem Umsatz von zehn Milliarden Dollar wird in dem CNN-Artikel als „wenig bekannt“ bezeichnet. In Verdacht geriet das Treffen des Leiters Kirill Dmitrijew mit einem Vertreter des Trumps Übergangsteams, Anthony Scaramucci, nur vier Tage vor der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten im Januar.

„Zwei demokratische Senatoren baten das US-Finanzministerium herauszufinden, ob Scaramucci die Aufhebung von Sanktionen versprochen haben sollte, was helfen könnte, mehr ausländische Investitionen nach Russland zu locken“, so CNN. Scaramucci selbst habe sein Treffen mit Dmitrijew beim jüngsten Internationalen Wirtschaftsforum in Davos auf ein Mindestmaß beschränkt.

In seiner E-Mail an CNN soll Scaramucci geschrieben haben: „Dmitrijew kam ins Restaurant, um mich zu begrüßen. Ich war ihm gegenüber freundlich. Mehr nicht.“ Es wird zudem betont, dass er sich in den vergangenen Jahren mehrmals mit Dmitrijew in Davos getroffen haben soll.

Der TV-Sender berichtet ferner, dass die laufende Ermittlung auch die mutmaßlichen Verbindungen des Schwiegersohns und Beraters des amerikanischen Präsidenten, Jared Kushner, zur Leitung der Wneschekonombank betreffen sollen, die zusammen mit dem Russian Direct Investment Fund seit 2014 unter US-Sanktionen steht.

Lug-info.com: „Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR ist ein Anruf des Bürgers S., eines Einwohners von Popasnaja eingegangen. Der Mann berichtete, dass in der Stadt englischsprachige ausländische Militärs aufgetaucht sind. Sie sind in weißgraue Tarnanzüge nach NATO-Art gekleidet und mit Schusswaffen ausländischer Herkunft ausgerüstet“, teilte das Innenministerium der LVR mit. „Nach vorläufigen Ergebnissen sind die unbekannt Militärs aus den USA, sie nennen sich amerikanische Freiwillige. Sie haben irgendwelche Funkausrüstung mitgebracht, die in Metallbehältern und Koffern aufbewahrt wird. Derzeit warten die Söldner auf die Ankunft einer Partie Spannungsumwandler, weil ihre Ausrüstung nicht auf 220 V ausgelegt ist“, erläuterte das Ministerium.

de.sputniknews.com: Trump schickt Beamtengruppe nach Syrien – Medien

Die Administration des US-Präsidenten Donald Trump schickt eine Gruppe von Zivilisten nach Syrien, um zu versuchen, in den Regionen, die die von den USA unterstützten Oppositionskräfte von den IS-Terroristen befreit haben, die Stabilität wiederherstellen. Dies berichtet die Zeitung „The New York Times“ unter Berufung auf US-Beamte.

Demnach besteht die Gruppe aus insgesamt sieben Personen, darunter Vertreter des US-Außenministeriums und von Sicherheitskräften. Einige von ihnen sollen bereits in Syrien eingetroffen sein. Diese Mission, die nicht publik gemacht wurde, soll eine humanitäre Krise in Syrien verhindern sowie den Bürgern des Landes helfen, nach Hause zurückzukehren. Mit diesem Ziel sollen die amerikanischen Spezialisten Bombenräumungs- und Stromwiederherstellungsarbeiten organisieren. Es soll auch der Zugang zum Trinkwasser wiederhergestellt werden.

Die Entsendung einer so kleinen Gruppe lässt allerdings die Frage offen, so die Zeitung weiter, ob das reichen wird, um einer so komplizierten Aufgabe zur Wiederherstellung der normalen Lebensbedingungen für Millionen von Syrern gerecht zu werden.

„Diese minimalistische Herangehensweise soll reichen, um ihnen (den syrischen Bürgern – Anm. d. Red.) zu helfen, die ersten Wochen zu überleben. Darüber hinaus wird es aber Probleme geben, die sehr viel substantiellerer Bemühungen bedürfen“, wird James F. Dobbins, der ehemalige Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, von der Zeitung zitiert.

„Wir werden unsere Bemühungen in den vom IS befreiten Gebieten ausschließlich darauf

konzentrieren, die Lage zu stabilisieren, und somit auf die dringenden Bedürfnisse der Zivilisten eingehen, um ihnen die Rückkehr nach Hause zu ermöglichen und den IS an einer Rückkehr zu hindern“, heißt es in einem offiziellen Kommentar des US-Außenministeriums gegenüber dem Blatt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30171/23/301712388.jpg>

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Moskau: IS verlegt Kämpfer in syrische Provinz Hama
Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS, Daesh) verlegt ihre Kämpfer entlang verschiedener Routen in die syrische Provinz Hama, berichtet Russlands Verteidigungsministerium.
„Die Terroristen nutzen die dunkle Tageszeit und eine schwierige Geländegestaltung aus, um die Kämpfer entlang verschiedener Routen in die Provinz Hama zu verlegen, wo sie künftig Befehlsstellen, Waffen- und Munitionslager in großen Gebäuden einrichten werden“, heißt es in der Mitteilung der russischen Militärbehörde.
Derzeit überwacht das Kommando der russischen Truppen in Syrien, so das Ministerium weiter, mithilfe von Aufklärungsmitteln die Ausgangsrouten und Dezentralisierungsräume der IS-Terroristen.

de.sputniknews.com: Polen: Massengrab „schreiender Russen“ entdeckt
Archäologen haben in Polen ein Massengrab entdeckt. Die Forscher vermuten: Das sind sterbliche Überreste russischer Soldaten, wie das Portal „Rambler“ berichtet.
Fast 80 Skelette sind dort entdeckt worden. Rund 150 Jahre liegen die Knochen in jener Erde schon, wie das Portal schreibt. Sie sollen von polnischen Armeeangehörigen bei einer Schlacht 1863 getötet worden sein. Insgesamt sind fast 200 Menschen bei diesem Kampf gestorben. Weitere 282 wurden gefangen genommen.
Weil viele der Toten mit offenen Mündern beerdigt wurden, vermuten die Medien, dass sie lebendig begraben wurden. „Schreiende Skelette russischer Soldaten“ etwa lautet so eine Überschrift.
„Wir haben viel Munition, Kleinkanonen, Knöpfe und Abzeichen gefunden, auch eine Absperrung und Fragmente eines Denkmals, das 1888 aufgestellt worden war“, sagte ein Sprecher der Nationalen Straßenverwaltung in Lublin laut dem Portal.
Außer menschlichen Überresten wurden dort auch Pferdeknochen entdeckt. In dieser Region fand eine berühmte Schlacht statt: Polnische Aufständische haben während des Aufstandes 1863/64 einen

russischen Konvoi vernichtet.

Der 500 Mann starke Konvoi zog von Iwangorod, einer Stadt im Nordwesten Russlands, ins polnische Lublin. Russische Infanteristen unter dem Kommando des Porutschik Lewdanski begleiteten die Kolonne.

3.000 polnische Aufständische griffen den Konvoi in einem Wald nahe Zyrzyn an. Die Russen konnten sich nach dreistündigem Kampf und zahlreichen Verlusten bis nach Zyrzyn durchschlagen, mussten allerdings die Fuhren und die Waffen größtenteils zurücklassen. Dadurch konnten die Aufständischen rund 400 Gewehre und 140.000 bis 200.000 Rubel erbeuten – damals ein Vermögen.

Der polnische Offizier Michael Heidenreich befehligte die Aufständischen. Nach dem Überfall auf den russischen Konvoi wurde er zum General befördert.

Die Schlacht bei Zyrzyn war für die russischen Truppen die verlustreichste seit 1863.

Der polnische Aufstand der Jahre 1863/64 – auch Januaraufstand genannt – war ein nationaler Befreiungsaufstand im Königreich Polen, Litauen und teils auch in Weißrussland und der Westukraine. Ziel der Aufständischen war es, Polens nationale Unabhängigkeit und Grenzen aus dem Jahr 1772 wiederherzustellen.

**Dnr-news.com: Turtschinow sprach sich für die Annahme des Gesetzes zur Einführung der Visa-Regelung mit der RF durch die Oberste Rada noch vor den Ferien aus
Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexandr Turtschinow, tritt für eine Annahme des Gesetzes zur Einführung einer Visa-Regelung mit der RF bis zur Sommerpause des ukrainischen Parlamentes. Dies sagte Turtschinow in einer Pressekonferenz in Poltawa.**

„Natürlich, das hätte man sofort tun müssen, parallel zum Beschluss des visafreien Verkehrs mit der EU. Doch ich hoffe, dass die Oberste Rada nicht in die Sommerpause geht, solange dieser Beschluss nicht angenommen und abgestimmt ist“, erklärte Turtschinow.

de.sputniknews.com: USA setzen Luftkrieg in Syrien fort

Die US-geführte Koalition setzt trotz Warnungen des russischen Verteidigungsministeriums ihren Krieg gegen die syrische Luftwaffe fort, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Wie CNN unter Berufung auf US-Beamten am Donnerstag mitteilte, zwang das Pentagon einen syrischen Militärjet des Typs Su-22 zum Abbruch seines Kampfeinsatzes nahe der Stadt Tabqa. Fast zur gleichen Zeit schoss der US-Kampffjet F-15E im südlichen Homs eine syrische Drohne Shahed 129 ab.

Das Pentagon kommentierte die Vorfälle und sagte, dass die Su-22 ein gefährliches Manöver über Stellungen der proamerikanischen Demokratischen Kräfte Syriens flog. Das Flugzeug der Koalitionskräfte soll ein Warnmanöver absolviert haben. Danach änderte die Su-22 den Kurs und flog fort, so CNN-Quellen. Der Vorfall ereignete sich westlich von Euphrat, also im Luftraum, der laut dem russischen Verteidigungsminister seit 19. Juni von russischen Flugabwehrmitteln kontrolliert wird. Ob das Flugzeug der Koalition von den russischen Luftstreitkräften ins Visier genommen wurde, ist nicht bekannt.

Ebenfalls nicht bekannt ist, warum die F-15E in Syrien eine Drohne Shahed 129 aus iranischer Produktion vom Himmel holte. Die Amerikaner erklärten den Abschuss damit, dass es sich angeblich um eine Angriffsdrohne handelte und sie die US-Koalitionspartner bedrohte. Dies geschah nahe des Grenzübergangs Al-Tanf, wo sich ein Stützpunkt des Pentagons befindet, wo US-Spezialeinheiten proamerikanische Kräfte ausbilden.

Laut dem israelischen Portal newsru.co.il erklärten die USA den Luftraum im Radius von 55 Kilometern um den Stützpunkt zu Militärsperregebiet und berichteten, dass sie dort jede fremden Flugzeuge und Drohnen abschießen werden. In diesem Gebiet schossen die Amerikaner bereits am 8. Juni eine iranische Drohne ab, die Koalitionskräfte nahe dem Stützpunkt unter Beschuss genommen hatte.

Die Reaktion der russischen Seite auf die letzten Vorfälle ist unbekannt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte am Donnerstag, dass Moskau von den USA eine detaillierte Untersuchung der Umstände des Vorfalls im syrischen Luftraum fordere, in dem am 18. Juni ein syrisches Flugzeug Su-22 abgeschossen worden war.

Pläne eines aktiveren Kampfes gegen das Assad-Regime wurden auch von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron angekündigt. Er warnte Damaskus vor dem Einsatz von Chemiewaffen und droht für diesen Fall an, einseitig Gewalt in Syrien anzuwenden.

Somit ist kein besonderer Effekt von der russischen Position zu erkennen, Assad zu unterstützen und die Handlungen der Fliegerkräfte der Koalition westlich des Euphrats einzuschränken. Vor diesem Hintergrund zeigt sich im Norden Syriens die Türkei wieder aktiv, die militärische Einheiten zum Kampf gegen die von den USA unterstützten kurdischen Gruppierungen in die Provinz Aleppo schickte.

Doch diese Handlungen können bislang nicht die Lage in Rakka beeinflussen, das weiterhin von kurdischen Aufständischen und Einheiten anderer arabischer Länder auf Seiten der Demokratischen Kräfte Syriens gestürmt wird. Wie sich herausstellte, sind die gegen den IS kämpfenden Kurden, die Ankara als Terroristen einstuft, vor allem mit türkischen Waffen ausgestattet, die ihnen vom Pentagon bereitgestellt wurden. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu kritisierte die Position Washingtons, das die syrischen Kurden unterstützt. „Es ist unzulässig, Terroristen mit Waffen zu versorgen, nur weil sie sich an eine andere Ideologie als der IS halten. Das bedroht die Zukunft Syriens“, warnte Cavusoglu.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenzusammenfassung**)

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Im Verlauf der Maßnahmen hat das Personal hervorragende und gute Ergebnisse gezeigt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung 35 Mal verletzt.

Auf das Territorium der Republik hat der Gegner vier Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 165 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm, 17 Panzergeschosse abgeschossen. Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 328 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 2840 Raketen-, Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **34 Ortschaften der Republik** beschossen, in zwölf von ihnen wurden 46 Häuser beschädigt. Außerdem wurde in den Ortschaften **Donezk-Sewernyj, Kaschtanowoje, Krasnyj Partisan, Kominternowo, Saitschenko, Nowotawrija, Dshershinsk** die **Stromversorgung unterbrochen**.

Am meisten waren von den Beschüssen die **Bezirke Petrowskij, Kujbyschewskij und Kiewskij von Donezk sowie Krutaja Balka, Sachanka, Alexandrowka und Kominternowo** betroffen.

Leider gab es in der letzten Woche **Opfer** unter der friedlichen Bevölkerung der Republik und den Soldaten der Streitkräfte der DVR. In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starben zwei zivile Einwohner**. Außerdem **starben** bei der Verteidigung der Republik **zwei Soldaten** und **einer** wurde **schwer verletzt**.

In der letzten Woche wurde gemäß den offiziellen Berichten von der OSZE-Mission das Fehlen von schweren Waffen in den Lagerorten der ukrainischen Streitkräfte entdeckt:

- 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;
- 8 Haubitzen D-20 Kaliber 152mm;
- 3 Schützenpanzerwagen BTR-80;
- 6 Haubitzen (2S1 „Gwosdika“, 122mm);
- 3 Haubitzen (D-30, 122mm);
- 4 Mörser (Pm-38, 120mm);
- 29 Panzer (18 T-64 und 11 T-72).

Am 20. Juni wurde während des Besuchs des stellvertretenden Leiters der OSZE in der Ukraine Alexander Hug in der DVR und im Vorfeld eines Treffens der Kontaktgruppe zur Sicherheit in Minsk von ukrainischen Spezialdiensten unter Heranziehung von vom Sicherheitsdienst der Ukraine im Rahmen des Programms „Kehr nach Hause zurück“ angeworbenen Bürgern der Republik eine **zynische Provokation gegen internationale Beobachter** durchgeführt.

Am Tag vor den Verhandlungen in Minsk haben vom Sicherheitsdienst der Ukraine angeworbene Personen eine Provokation mit Schüssen in der Nähe von Fahrzeugen der internationalen Beobachter

durchgeführt.

Es ist völlig offensichtlich, dass die DVR nicht an einer Verschärfung der Situation mit der OSZE, die die Lösung des militärischen Konflikts im Donbass unterstützt, interessiert ist. Die einzige Seite, für die diese Situation günstig ist, ist die Ukraine.

Die ukrainischen Spezialdienste tun alles, um die Vertreter der OSZE-Mission einzuschüchtern und sie zu zwingen, das Territorium des Donbass zu verlassen.

Wir sind kategorisch gegen eine solche Entwicklung der Ereignisse.

Wir werden alle uns möglichen Maßnahmen zur Garantie der Sicherheit der Tätigkeit der OSZE-Beobachter auf dem Territorium der Republik unternehmen.

In der letzten Woche hat die ukrainische Seite Versuche unternommen, unsere Einheiten durch zielgerichtete Beschüsse von Wohngebieten von Ortschaften der Republik **zu erwidern** **Handlungen zu provozieren**. Dennoch haben die Streitkräfte der DVR die Provokationen nicht erwidert.

Im Ergebnis einer sorgfältigen Analyse von Fotomaterialien zum Beschuss von Berdjanskoje wurde festgestellt, dass der Gegner **auch die eigenen Territorien beschossen** hat. So wurden auf Fotos des Pressezentrams des Stabs der „ATO“ Detonationskrater von 82mm-Mörsergeschosse dargestellt, die nach der Version der ukrainischen Streitkräfte angeblich von den Einheiten der Streitkräfte der DVR abgeschossen wurden.

Aber alle Mörser der Streitkräfte der DVR befinden sich in den Abzugsorten, was die OSZE-Beobachter bestätigen. Außerdem erlaubt es die Schussweite von Mörsern nicht, dass die Geschosse von unseren Positionen aus bis nach Berdjanskoje gelangen. Es befindet sich zu weit von der Kontaktlinie entfernt.

Am 18. Juni hat der Stab der „ATO“ als Beweis für einen Beschuss von Berdjanskoje **Fotos vorgelegt, die am 19. Mai bereits gezeigt wurden**, aber aus einer anderen Perspektive.

Beim ersten Mal hat die ukrainische Seite mit den genannten Fälschungen versucht, die Tatsache von verbrecherischer Nachlässigkeit von Kämpfern des Regiments „Asow“ zu verheimlichen, die in der Folge von übermäßigem Alkoholgenuß in der Nacht auf den 19. Mai ihr Stabsgebäude in Brand setzten. Beim zweiten Mal, am 18. Juni, wollten sie die ukrainische und die Weltöffentlichkeit von dem sinnlosen Gefecht zwischen Einheiten der 36. „abziehenden“ Marineinfanteriebrigade und Kämpfern des „Rechten Sektors“ ablenken. Der Konflikt zwischen den ukrainischen Soldaten erfolgte aufgrund dessen, dass die Marineinfanteristen eigenmächtig eine Reihe ihrer Positionen in Richtung Mariupol aufgegeben haben.

Es wurden Fälle von **Diversions- und Terroraktivitäten** von ukrainischen Nationalisten gegen Einwohner des Donbass bemerkt, die auf eine Verstärkung der Blockade der Region gerichtet sind.

Am 19. Juni wurde in Sergejewka, Pokrowskij-Bezirk, von einer Gruppe radikaler ukrainischer Nationalisten eine **Elektrostation gesprengt**, die die Ortschaft und die Eisenbahnstation mit Strom versorgt. Die Radikalen streben danach, unter Opferung der eigenen Bevölkerung die Eisenbahnverbindung auf dieser Strecke einzustellen und so der ukrainischen Führung zu demonstrieren, dass sie nicht an einem Wiederaufbau der ökonomischen Verbindungen mit den Republiken interessiert sind und auch bereit sind, terroristische Methoden zur Unterstützung der Blockade des Donbass zu nutzen.

Außerdem wurden durch Beschüsse durch den Gegner im Gebiet von Wasiljewka eine Stromleitung durchschlagen, in der Folge wurde die Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke auf Ersatzstromquellen umgestellt. Derzeit ist die Station wieder intakt und funktioniert normal.

Ukrinform.ua: Die Kämpfer der sogenannten DNR und LNR (selbsterklärte „Volksrepubliken Donezk „DNR“ und Luhansk „LNR“ - Anm. d. Red) beschränken weiter die Bewegung der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an der Trennlinie, teilte auf einem Briefing der erste stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtungsmission, Alexander Hug, mit.

„Die so genannten DNR und LNR haben letzte Woche 13 Mal unsere Bewegungsfreiheit beschränkt“, sagte er.

Ihm zufolge ist die „DNR“ unter anderem der Anforderung der OSZE, die Panzerabwehrminen auf dem Weg zu der Ortschaft Pikuzy zu entfernen, nicht nachgekommen.

de.sputniknews.com: Ukraine: Amtsenthebungsverfahren gegen Poroschenko bahnt sich an
Gleich mehrere Fraktionen der Obersten Rada (Parlament) der Ukraine wollen ein Verfahren zur Amtsenthebung von Präsident Petro Poroschenko starten, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Freitag. Die Initiative geht von der Fraktion „Batkiwschtschina“ („Vaterland“) mit der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko an der Spitze aus. Mehrere andere Fraktionen unterstützen sie dabei.

Wie eine Quelle in der Partei „Batkiwschtschina“ verriet, unterstützen alle Fraktionsmitglieder die Idee zur Amtsenthebung des Präsidenten, denn „es ist nicht mehr möglich, weiter die Korruption und den Amtsmissbrauch zu dulden“.

Es gibt allerdings ein Problem: Zwar sieht der Artikel 111 der ukrainischen Verfassung vor, dass es im Parlament ein Misstrauensvotum gegenüber einem Präsidenten geben kann, aber praktisch ist das kaum erfüllbar, weil ein Gesetz fehlt, das diesen Prozess formell regeln würde.

Angesichts dessen stellte der „Batkiwschtschina“-Abgeordnete Juri Odartschenko fest, dass Poroschenko die politische Verantwortung für seine Handlungen de facto erst bei der nächsten Präsidentschaftswahl tragen wird. Sein Parteikollege Boris Tarasjuk bedauerte seinerseits, dass der Amtsenthebungsprozess „keine juristischen Mechanismen hat“, obwohl es reichlich politische Motive für das Misstrauensvotum gegenüber dem Staatschef gebe, der „die Aufgaben, die ihm das Volk gestellt hatte, nicht erfüllt hat“.

Die Verfassung sieht die Amtsenthebung des Staatschefs bei Staatsverrat und anderen schweren Straftaten vor. Im Parlament wird zu diesem Zweck eine Ermittlungskommission gebildet, an der sich ein Sonderstaatsanwalt und mehrere Sonderermittler beteiligen. Dann müssen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten dafür stimmen. Die Entscheidung der Parlamentarier muss vom Verfassungsgericht und dem Obersten Gerichtshof überprüft werden und eventuell den Tatbestand des vom Präsidenten begangenen Verbrechens bekräftigen. Und schließlich müssen drei Viertel aller Abgeordneten erneut dafür stimmen.

„Es ist eine sehr komplizierte und praktisch kaum umsetzbare Prozedur“, sagte die frühere Justizministerin der Ukraine, Jelena Lukasch, gegenüber „Iswestija“.

Der „Batkiwschtschina“-Abgeordnete Igor Luzenko zeigte sich überzeugt, dass es „mindestens sechs Gründe“ für die Amtsenthebung Poroschenkos gebe. Die wichtigsten seien „die Nichterfüllung der Verfassung im Sinne des Ausrufs des Kriegszustands angesichts der Gefahr bzw. der unmittelbaren äußeren Aggression und die Nichterfüllung anderer Vollmachten des Präsidenten, die die rechtzeitige Unterzeichnung von wichtigen Gesetzentwürfen betreffen. Die legislative Arbeit steht wegen der Passivität des Garanten still“, so Luzenko.

Timoschenko erklärte ihrerseits vor Journalisten, Poroschenko habe „schon längst die Amtsenthebung verdient – seit dem Moment, als er und sein korruptes Umfeld begannen, dank des Blutvergießens, dank des Kriegs Geld zu machen“.

Für das Misstrauen gegenüber Poroschenko werden voraussichtlich auch die Fraktionen des „Oppositionsblocks“, der Partei „Samopomoschtsch“ („Selbsthilfe“) sowie mehrere fraktionslose Abgeordnete stimmen. Laut Quellen in der Rada könnte auch die Radikalen-Partei Oleg Ljaschkos für die Amtsenthebung des Präsidenten stimmen, die allerdings zunächst alle Umstände der entstandenen Situation analysieren will.

„Wir befürworten diesen Gesetzentwurf, denn in einem normalen Staat, in dem man von europäischen Werten, von Verfassungsrechten und —freiheiten der Bürger spricht, sollte es alle Normen geben, die die Amtsenthebung des Präsidenten vorsehen, denn er ist nun einmal kein Monarch“, sagte der Abgeordnete Jewgeni Balizki (Oppositionsblock). „Das Amtsenthebungsgesetz sollte endlich verabschiedet werden.“

Vor einigen Tagen hatte vor der Obersten Rada eine Kundgebung stattgefunden, an der etwa 300 Vertreter verschiedener politischer Kräfte teilnahmen und ein neues Wahlgesetz wie auch einen Mechanismus zur Amtsenthebung des Präsidenten verlangten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31629/31/316293184.jpg>

Dan-news.info: „Reparaturbrigaden von Energietechnikern der Republik haben die Stromversorgung von sechs Dörfern des Nowoasowskij-Bezirks wiederhergestellt, die heute durch Artilleriebeschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte unterbrochen war: Kominternowo, Kiprota, Saitschenko, Nowotawrija, Dershinskoje und Leninskoje.

Ukrinform.ua: Der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman habe im Parlament während der Fragestunde an die Regierung versprochen, in 5 bis 7 Jahren ukrainische Straßen in Ordnung zu bringen, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„95 Prozent der Straßen sind in einem schlechten Zustand, und das passierte nicht gestern und nicht vor 2 Jahren, das waren die systemische Unterfinanzierung und der Missbrauch, die es im Staat seit Jahrzehnten gab“, sagte Hrojsman.

Er stellte ferner fest, dass im Moment der groß angelegte Bau von Straßen und die Straßensanierung in der Ukraine wieder in Gang gebracht sind.

„In 5 bis 7 Jahren können wir ukrainische Straßen wieder in Ordnung bringen, und dafür muss man die Wirtschaft entwickeln, damit wir die Finanzierung für die ukrainischen Straßen erhöhen können“, sagte er.

de.sputniknews.com: US-Jet erkundet Gebiet von russischen Raketenstarts gegen IS-Objekte in Syrien
Ein US-Flugzeug hat einen Aufklärungsflug über dem Mittelmehrraum absolviert, von wo aus russische Fregatten und ein U-Boot Marschflugkörper Kalibr auf Objekte der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh) in Syrien abgefeuert hatten. Dies berichtet die Online-Zeitung gaseta.ru.
Demnach handelt es sich um ein U-Boot-Patrouillenflugzeug der US Navy vom Typ P-8A Poseidon, das im Luftwaffenstützpunkt Sigonella auf Sizilien stationiert ist. Es soll lange Zeit hindurch über dem für die Seefahrt geschlossenen Raum im Mittelmeer gekreist haben, von dem aus russische Schiffe zuvor Raketen in Richtung Syrien abgefeuert hatten.

Das Flugzeug flog nach Informationen der Zeitung in 8.000 Meter Höhe eine Ellipse.
Zuvor hatte die russische Militärbehörde bekannt gegeben, dass die Fregatten „Admiral Essen“ und „Admiral Grigorowitsch“ sowie das U-Boot „Krasnodar“ der russischen Marine sechs Marschflugkörper vom Typ Kalibr auf IS-Objekte in Syrien abgefeuert hatten.

de.sputniknews.com: Polen bezieht nach kurzer Pause wieder russisches Gas

Der polnische Gasbetreiber „Gaz-System“ hat am Freitagmorgen das Beziehen von russischem Gas nach der Verbesserung von dessen Qualität für das nationale Gastransitsystem wieder aufgenommen. Am Donnerstag hat der russische Energiekonzern Gazprom mitgeteilt, die Gaslieferungen in der vertraglich vereinbarten Qualität für das polnische Gastransitsystem wieder aufgenommen zu haben. Der deutsche Fernleitungsnetzbetreiber Gascade hat jedoch seine Beschränkungen für die Abnahme von russischem Gas aus der Pipeline Jamal-Europa bis zum 24. Juni verlängert.

Am Mittwoch hatte Polen das Beziehen von russischem Gas aus der Transitleitung Jamal-Europa, über die russisches Gas nach Deutschland geliefert wird, wegen der schlechten Qualität des Gases eingestellt. Gazprom hat Probleme mit der Gasqualität eingestanden und sich verpflichtet, diese schnell zu beseitigen.

Dnr-online.ru: „Im Nowoasowskij-Bezirk wurde mehr als 20.000 Hektar Frühgetreide und Hülsenfrüchte ausgesät. Der geplante Ertrag beträgt bei diesen Kulturen etwa 32 Zentner pro Hektar. Der Gesamtertrag, die im Bezirk geerntet werden soll, wird etwa 65.000 Tonnen betragen. Die Kulturen, die im Nowoasowskij-Bezirk ausgesät wurden, sind: 1500 Hektar Erbsen, 3500 Hektar Sommergerste, 15.600 Winterweizen, 25 Hektar Roggen und 15 Hektar Wintergerste. Die Landwirte haben die Vorbereitung der Technik zur Ernte abgeschlossen. Im Nowoasowskij-Bezirk gibt es 20 Mähdrescher, davon sind 18 Importe. Die Ernte planen wir innerhalb von 20 Arbeitstagen durchzuführen, wenn die Technik nicht reicht, wird weitere beim staatlichen Unternehmen „Agrodonbass“ angefordert“, teilte der Leiter der Abteilung zur Arbeit mit den Landwirten der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Andrienko mit.

Bezüglich des Ackerlands, das sich an der Kontaktlinie befindet, merkte er an, dass im Fall einer Verschärfung der Kämpfe von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein großer Teil der Ernte nicht eingebracht werden kann. „Auf dem Ackerland, das sich in der Nähe von Sachanka, Kominternowo, Primorskoje befindet, wird die Ernte nicht möglich sein. Ebenfalls werden die Leiter keine Arbeiter auf die Felder schicken, wo Kämpfe sind, außerdem könnten durch Geschosstreffer auf die Felder Brände entstehen und die Ernte einfach abbrennen. Dies macht etwa 6000 Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte aus“, sagte Oleg Andrienko.

de.sputniknews.com: Inspektionsflug von Ukraine und USA über Russland gescheitert
Militärs der USA und der Ukraine haben es wegen eines Flugzeugschadens nicht geschafft, den für den Zeitraum vom 19. bis zum 24. Juni geplanten Kontrollflug über Russland im Rahmen des Open-Skies-Vertrages zu unternehmen.

Die Beobachtungsmission sollte nach Angaben der russischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ von beiden Ländern mit einem amerikanischen Beobachtungsflugzeug OC-135B von einem Flugplatz in Chabarowsk aus über dem Territorium Russlands absolviert werden. Am 19. Juni benachrichtigte jedoch Washington Moskau offiziell darüber, dass der Flug wegen einem Schaden der amerikanischen Maschine nicht stattfinden wird.

Das ist nicht das erste Mal, dass ein Beobachtungsflug wegen Problemen mit einem US-Flugzeug abgebrochen oder abgesagt wird. So musste ein US-Aufklärungsflugzeug Boeing OC-135B im Juli 2016 schon 40 Minuten nach dem Start bei einem Beobachtungsflug über Russland in Chabarowsk notlanden. Die Besatzung der Maschine bemerkte damals, dass ein Fahrgestell nicht eingefahren war und entschied sich für eine Notlandung.

Ukrinform.ua: Der Finanzminister der Ukraine schreibt auf seiner Facebook-Seite, er habe zusammen mit dem EU-Botschafter in der Ukraine die Gesetzentwürfe diskutiert, die für die Erfüllung unserer Verpflichtungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU notwendig seien.

„Gerade gestern habe ich mich mit dem EU-Botschafter in der Ukraine, Hugues Mingarelli, getroffen. Wir haben die Gesetzentwürfe diskutiert, die für die Erfüllung unserer Verpflichtungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU notwendig sind und die im Ausschuss für Steuern und Zoll stagnieren“, schrieb Danyljk.

Der Minister stellte fest, dass diese Gesetzentwürfe auf die Reduzierung der Möglichkeiten für Korruption, Verbesserung des Geschäftsklimas, „Vereinfachung der Verfahren“ ausgerichtet sind.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen, **Wochenrückblick**)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung **60 Mal** verletzt. Es wurden mit allen Arten von Waffen geschossen, darunter auch mit 122mm-Artillerie, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm sowie Schützenpanzern, Abwehrgeschützen, Antipanzerraketen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen. Insgesamt wurden 1200 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Im Vergleich zur vorangegangenen Woche hat sich die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um neun verringert.

Von den ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Logwinowo, Perwomajsk, Molodjoshnoje, Kalinowo, Golubowka, Frunse, Smeloje, Slawjanoserbsk, Shelobok, Sokolniki, Sheltoje, Wesjolaja Gora, Weselenkoje, Rajewka, Obosnoje und das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers gaben der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade Schewtschenko, der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Klotschkow, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Shakun.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueinstellung 8 Mal verletzt und 235 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Am 21. Juni hat während der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk der besondere Vertreter der OSZE in der Ukraine **Herr Marin Sajdik** erklärt, dass im Zeitraum von 7. bis 18. Juni im Gebiet von Staniza Luganskaja von der OSZE-Mission **17 Verletzungen des Regimes** der Feueinstellung registriert wurden.

Wir haben die Information, die in den täglichen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck kommt, sorgfältig studiert. In dem genannten Zeitraum wurden von der Mission **nur drei Verletzungen festgestellt**: eine am 7. Juni, zwei am 18. Juni.

Es kommt die Frage auf, was die Ursache für die unterschiedlichen Angaben zwischen den offiziellen Berichten der OSZE-Mission und der Information des Herrn Sajdik ist. Die Antwort auf diese Frage ist offensichtlich. Sajdik hat in Verletzung des Prinzips der Arbeit der OSZE die **Informationen verwendet, die von der ukrainischen Seite zur Verfügung gestellt wurde**, die versucht, die internationalen Beobachter als Instrument im Informationskrieg gegen die Volksrepubliken zu nutzen. Aufgrund der niedrigen Disziplin erleiden die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiter nicht kampfbedingte Verluste.

In der letzten Woche wurde von fünf Toten und sechs unterschiedliche schwer Verletzten unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Folge der Vorfälle bekannt. So steigen die nicht kampfbedingten Verluste bei den ukrainischen Streitkräften weiter an.

Vom Kommando der 14. Brigade wird eine Untersuchung zu Schussverletzungen bei Soldaten der Brigade durchgeführt. Dies geschah in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe unter Alkoholeinfluss.

Außerdem gerieten nach Alkoholenuss Soldaten des 1. Bataillons der Brigade in einen Konflikt. In der Folge wurden drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verletzt.

Beide Fälle werden wie immer sorgfältig vor dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Auch die Fälle von Desertion nehmen zu. Es wurde festgestellt, dass in der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte allein im Verlauf der letzten Woche fünf Soldaten die Positionen verlassen haben.

In der letzten Woche hat die OSZE-Mission das Fehlen folgender Waffen in den Lagerorten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt:

5 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“, 12 152mm-Haubitzen „Giazint“, 7 152mm-Haubitzen „Msta-B“, 6 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“, 6 82mm-Mörser „Wasilek“.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte setzt die Konzentration von Waffen, darunter von den Minsker Vereinbarungen verbotenen, an der Kontaktlinie fort.

Unter anderem hat die Volksmiliz im Gebiet von Troizkoje zwei 82mm-Mörser und einen Schützenpanzer zur Feuerdeckung einer Mörsermannschaft entdeckt In Krymskoje wurde die Ankunft einer Kolonne Panzertechnik und fünf Lastwagen mit Munition entdeckt.

Die Aufklärung der Volksmiliz verfügt auch über Informationen, dass von den Einheiten der

ukrainischen Streitkräfte verbotene Waffen entlang der Kontaktlinie verheimlicht werden. Im Zusammenhang mit der Arbeit der OSZE-Mission haben die Einheiten der 24. Brigade im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons dieser Brigade in Popasnaja vom übergeordneten Stab die Anweisung erhalten, Vertreter der Mission nicht an die Stationierungsorte der verbotenen Waffen zu lassen.

de.sputniknews.com: Kasachstan und Kirgistan dementieren Truppen-Entsendung nach Syrien
Weder Kasachstan noch Kirgistan führen laut den Vertretern dieser Länder Verhandlungen über die Entsendung von Truppen nach Syrien.

„Kasachstan verhandelt mit niemandem über die Entsendung seiner Truppen nach Syrien“, sagte am Freitag der kasachische Außenminister Kairat Abdrachmanow gegenüber Journalisten.

Er betonte, für die Gewährleistung der Sicherheit in den Deeskalationszonen in Syrien seien die Garantenstaaten (Russland, die Türkei und der Iran — Anm. d. Red.) zuständig. Sie sollen diese Frage beim nächsten Treffen am 4./5. Juli 2017 in der kasachischen Hauptstadt Astana erörtern.

Der Sekretär des kirgisischen Sicherheitsrates, Temir Dshumakadyrow, hat Informationen über die Entsendung von kirgisischen Truppen nach Syrien ebenfalls dementiert. Er merkte an, die Teilnahme des kirgisischen Militärs an der Regelung der Syrien-Krise sei im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) erörtert worden. Konkrete Vorschläge habe Kirgistan aber nicht erhalten.

Zuvor hatte der Vertreter des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, Ibrahim Kalin, erklärt, dass in der Deeskalationszone in der syrischen Provinz Idlib türkische und russische Militärs stationiert werden könnten. Er hatte außerdem darauf hingewiesen, dass die russische Seite vorgeschlagen habe, Militärs aus Kirgistan und Kasachstan in diese Deeskalationszonen zu entsenden. Der Chef des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), Wladimir Schamanow, bestätigte, Russland führe darüber Verhandlungen mit Kasachstan und Kirgistan.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen beschießen mit Artillerie **Kirowsk** und die umliegenden Ortschaften. Dies teilte der Bürgermeister der frontnahen Stadt Gennadij Karzew mit.

„Etwa um 15:40 haben Beschüsse der Stadt begonnen. Es wurden bisher mindestens zehn Treffer registriert. Es werden die Außenbezirke beschossen, aber auch die Stadt selbst. Es wird mit schweren Waffen geschossen“, sagte er.

„Es ist bereits bekannt, dass ein Haus in Golubowskoje im Brand geraten ist“.

de.sputniknews.com: Poroschenko wird Oberbefehlshaber bei Donbass-Operation

In Kiew soll demnächst ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, das dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die Übernahme des Oberbefehls über die Armee, darunter die am Donbass-Konflikt teilnehmenden ukrainischen Militäreinheiten, ermöglicht.

Derzeit werden die Kriegshandlungen im Osten des Landes vom Sicherheitsdienst der Ukraine geleitet. Das soll sich aber bald ändern.

Nach Angaben des Abgeordneten und Mitglieds des ukrainischen Parlamentsausschusses für Sicherheit, Dmitri Tymtschuk, soll dieser Gesetzentwurf die Voraussetzungen zur Einleitung eines „Deokkupations“-Sonderverfahrens in ostukrainischen Städten gewährleisten, was jedoch erst nach der Aussetzung der sogenannten Antiterroroperation möglich sein werde. Diese wiederum bedarf der direkten Teilnahme von Präsident Poroschenko als Oberbefehlshaber an diesem Prozess.

Einer der wichtigsten Punkte des schon fast fertigen Gesetzentwurfes sei, dass die Ukraine bei der „Befreiung“ der Donbass-Region de jure nun niemandem einen Krieg erklären müsste. Es wäre also ein Militäreinsatz ohne Kriegszustand.

Wie Poroschenko am 14. Juni erklärte, könne man nicht auf die Anti-Terror-Operation im Südosten der Ukraine verzichten, ohne dass die Armee befähigt werde, „angesichts der Aggression angemessen zu agieren“. So kommentierte der ukrainische Staatschef den Vorschlag des Sekretärs des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexander Turtschinow, das Format des Militäreinsatzes im Donbass zu ändern.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31207/21/312072102.jpg>

Lug-info.com: „Im Rahmen der Arbeit der Hotline des Innenministeriums der LVR ist eine Kopie eines Erlasses des Vorsitzenden der sogenannten „Nationalpolizei der Ukraine“ Segej Knjasew „Über Maßnahmen zur Bekämpfung von Massenveranstaltungen“ vom 21. Juni eingegangen. In dem Dokument ist davon die Rede, dass **in der nächsten Zeit** (nach Angaben des Innenministeriums der LVR am 24. und 25. Juni 2017) **in Kiew Massenprotestaktionen** von Vertretern der sogenannten „Freiwilligenbataillone“ erwartet werden. Diese Aktionen werden auf die „Untergrabung der Autorität der derzeitigen Regierung und auf die Destabilisierung der gesellschaftlichen Lage im Staat“ gezielt sein. Außerdem erwartet man bei der „Nationalpolizei“ „Provokationen krimineller Art“, auch unter Verwendung von Waffen“, teilte das Innenministerium der LVR mit.

„Im Zusammenhang damit werden die Leitungen der zentralen und der örtlichen Stellen der „Nationalpolizei“ angewiesen, unter Heranziehung der vorhandenen Kräfte Treffen mit Vertretern der nationalistischen Bataillone anzukündigen und durchzuführen. Dies, um ihnen davon „abzuraten“ an den Protestaktionen teilzunehmen. „Aufsässige“ sollen „zeitweise unter einem geeigneten Vorwand isoliert werden“. Im Fall, dass Informationen eingehen, dass organisierte Gruppen von Radikalen und Nazisten nach Kiew aufbrechen, muss „unverzüglich die Fahndungsabteilung zur Ergreifung rechtzeitiger Reaktionsmaßnahmen informiert werden“.

de.sputniknews.com: Digitale Geheimbombe: USA wollen russische Infrastruktur zerstören – Medien
Der ehemalige US-Präsident Barack Obama hat im vergangenen Jahr einen geheimen Plan genehmigt, der es ermöglichen soll, die Systeme der russischen Infrastruktur mithilfe von Cyberwaffen zu zerstören, schreibt die Zeitung „The Washington Post“. Über den Einsatz dieser „Bombe“ solle jedoch Donald Trump entscheiden.

Dem Blatt zufolge stellt diese Waffe eine Art „digitale Bombe“ dar, die eingesetzt werden könne, sollte Washington eine kritische Zuspitzung der Beziehungen zu Moskau feststellen. Es sei nun jedoch dem jetzigen Präsidenten Donald Trump überlassen, diese „Bombe“ gegen Russland einzusetzen oder nicht.

Wie ein amerikanischer Ex-Beamter der Zeitung mitteilte, kann diese Waffe die Arbeit von strategisch wichtigen Netzen in Russland lahmlegen. Diese Technologie sei von der NSA erarbeitet worden und könne ferngesteuert werden.

Die Administration von Obama soll über einen langen Zeitraum hinweg eine Gegenreaktion auf die angebliche Einmischung Moskaus in die inneren Angelegenheiten der USA erwogen haben. Die USA sollen befürchtet haben, dass beliebige Sanktionen zu einem gegenteiligen Effekt führen würden. Sie haben zudem die Ergebnisse der Wahlkampagne nicht beeinflussen und den erwarteten Sieg von

Hillary Clinton nicht überschatten wollen.

Derzeit befindet sich die Cyberoperation der Zeitung zufolge im Frühstadium, da ihre Entwicklung nach dem Wahlsieg von Trump verzögert worden sei. Damals seien die Beamten auf die Vorbereitung von Maßnahmen konzentriert gewesen, die Trump daran hindern sollten, die Initiativen seines Vorgängers außer Kraft zu setzen.

In den USA wird eine angebliche Einmischung Russlands in die Präsidentschaftswahlen 2016 weiterhin aktiv diskutiert, wobei bislang noch keine Beweise dafür vorgelegt wurden.

Trump selbst hatte am Donnerstag sein Befremden darüber geäußert, warum die Administration von Obama Moskau nicht gestoppt habe, wenn Moskau sich aus Sicht der Demokraten in die Wahlen eingemischt haben soll.

Abends:

Lug-info.com: „Heute erlitt in der Folge eines Beschusses von **Stachanow** durch die Kiewer Truppen ein **zwölfjähriger Junge eine Splitterverletzung am linken Knie**“, teilte die Volksmiliz der LVR mit. Die Stadtverwaltung von Stachanow erläuterte, dass der 12jährige Junge eine Splitterverletzung auch an der Lendenwirbelsäule erlitten hat und im Krankenhaus ist. Wenig später teilte die Volksmiliz mit, dass auch ein **neunjähriges Mädchen verletzt** wurde.

de.sputniknews.com: „Dazu ist die Nato zu klug“ – Lawrow zu Nato-Ängsten vor russischem Angriff
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat einen möglichen Angriff Russlands auf Nato-Länder ausgeschlossen.

„Ich schätze ja die Qualität des militärischen Denkens und der Militärausbildung in den USA, in Deutschland sowie den anderen Ländern des nordatlantischen Bündnisses sehr und kann es nicht für möglich halten, dass sie selbst die kleinste Einräumung haben könnten, Russland werde die Nato angreifen“, sagte Lawrow in einem Interview mit weißrussischen Medien.

„Deshalb schlage ich nicht vor, in irgendwelche Panik in diesem Zusammenhang zu geraten, die Konfrontation zu fördern und den Provokationen nachzugeben, die uns in ein maßloses Wettrüsten verwickeln sollen“, so Lawrow. „Wir sind uns dessen sicher genug, dass sowohl Russland als auch Weißrussland im Rahmen der vereinten Truppengruppierung über alles Nötige verfügen, damit keine Provokationen unsere Sicherheit unterminieren können“.

Die Aufstockung der Nato-Infrastruktur an den Grenzen zu Russland spiegele lediglich das Bestreben der Nato wider, den geopolitischen Raum zu übernehmen, den sie nach dem Zerfall der Sowjetunion für frei halte, so Lawrow weiter. Die Vorwände, die das nordatlantische Bündnis dabei benutze, seien „erfunden“.

Zudem verletze dieser Prozess die Beteuerungen, die die Staatsführung der Sowjetunion bekommen habe, dass die Nato keine Objekte ihrer Infrastruktur in Ostdeutschland stationieren werde, geschweige denn die Nato-Osterweiterung, betonte der russische Außenminister.

Lug-info.com: „Am 22. Juni rief bei der Hotline des Innenministeriums der LVR ein Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine an, der Dienst am KPP „Staniza Luganskaja“ tut. Der Soldat berichtete, dass in den Höfen von Privathäusern bei der Einfahrt nach Staniza Luganskaja aus Richtung der Autobrücke Panzer der ukrainischen Streitkräfte stationiert sind“, teilte das Innenministerium der LVR mit.

„Nach vorläufigen Ergebnissen sind in den Höfen privater Häuser in der Donezkaja-Straße in Staniza Luganskaja tatsächlich vier Panzer stationiert. Von dort bis zum KPP „Staniza Luganskaja“ ist es in gerader Linie etwa ein Kilometer, was eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen ist. Die Überprüfung wird fortgesetzt.“